

Jeder Hammer

Nach der bisher folgenschwersten Verseuchung in den umstrittenen Hanauer Nuklearbetrieben hat Hessens SPD-Regierung umgeschaltet: Eine der Fabriken soll möglichst rasch geschlossen werden.

Ahnungslos sägten Arbeiter das Röhrenchen, zehn Zentimeter lang und sechs Millimeter dick, entzwei. Den Inhalt, so winzig wie ein Hemdenknopf, legten sie ins Säurebad. Dort entfaltete die tückische Pille eine Wirkung, mit der niemand gerechnet hatte.

Die 4,3 Gramm leichte Uranportion, Kern eines Mini-Brennelementes, das in der Abteilung „Schrottaufarbeitung“ der Hanauer Brennelementefabrik Nukem zwischen dem 11. und 27. Februar entsorgt werden sollte, setzte hochgiftige Dämpfe frei. Das Scheibchen enthielt, was die mit Uran erfahrenen Atommüllwerker nicht wissen konnten, 0,2 Gramm eines Stoffes, der bei Nukem gar nicht verarbeitet werden darf: Plutonium.

Das Zeug, benannt nach dem Planeten Pluto, könnte erdacht worden sein vom gleichnamigen Höllengott der griechischen Sagen. Es ist 20 000mal giftiger als Zyankali; das fünfstel Gramm Plutonium reicht aus, um je nach Streuung bei bis zu 200 000 Menschen Lungenkrebs auszulösen. Das Proöbchen, errechnete das Öko-Institut in Darmstadt, enthielt 80 Milliarden Becquerel Strahlung.

Die verunreinigte Urantablette war seit fast zwanzig Jahren unbeanstaltet durch Kernbetriebe gewandert. In Hanau wirkte sie erschreckend: 67 Nukem-Beschäftigte sind womöglich verstrahlt. Sie müssen in regelmäßigen Abständen Stuhlproben zur Untersuchung abgeben. Mindestens 14 Arbeiter liegen nach ersten Ergebnissen mit Sicherheit über der sogenannten Nachweisgrenze – die meisten mit einer Dosis weit über dem Jahreswert, der für Nukleartechniker noch als unbedenklich gilt.

Das hessische Wirtschaftsministerium hält es für möglich, daß eine Reihe der Nukem-Werker gesundheitlich auf Dauer geschädigt ist. Sogar die Firmenleitung, die bisher die Gefahren durch Störfälle heruntergespielt hat, schließt nach den Worten ihres Sprechers Jörg Pompetzki langfristige „Folgen für die Betroffenen nicht aus“. Sollten sich diese Prognosen bewahrheiten, wäre die Verseuchung bei Nukem der bisher folgenschwerste bekanntgewordene Unfall in der deutschen Kernindustrie.

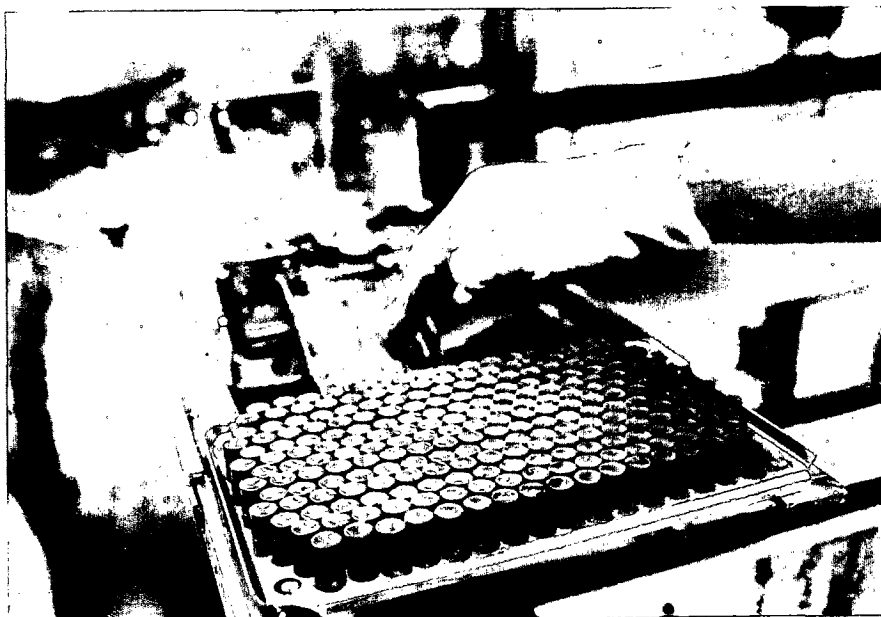
Erst Ende vorletzter Woche wurde die Kontamination, nachdem die Messungen immer erschreckendere Ergebnisse zeigten, publik. Mehr noch: Am selben Tag verseuchte sich auch ein Arbeiter in der



Gefahrenquelle Handschuhkasten*
20 000mal giftiger als Zyankali

Schwesterfirma Alkem, die als einziges westdeutsches Unternehmen Plutonium verarbeiten darf. Dem Techniker, der hinter Glas mit einem sogenannten Handschuhkasten arbeitete, zerriß beim Zermahlen des Spaltstoffes die Gummabdichtung an den Händen – er wurde an Kopf und Armen verstrahlt.

Diese „Personenkontamination“, so ein Untersuchungsbericht, sei allerdings „vollständig beseitigt“ worden. Zusätzlich wurden bei allen „im Arbeitsraum anwesenden Personen Nasenabstriche durchgeführt“. In einem Fall, so der Bericht, „zeigte sich ein positives Ergebnis“. Der Arbeiter hatte das Gift schon im Körper („inkorporiert“).



Gefahrenquelle Urantabletten*: „Da rumort es“

Die Angst vor neuen Plutonium-Panzen überdeckt bei der Belegschaft inzwischen die Sorge um den Bestand der Arbeitsplätze. Am Mittwoch letzter Woche suchten die Nukem-Chefs auf einer eilig zusammengetrommelten Betriebsversammlung das Personal zu beruhigen. Ein Gewerkschafter: „Da rumort es.“

Den riskanten Plutonium-Kreislauf wollen die hessischen Sozialdemokraten, die über zwanzig Jahre lang die formal nicht genehmigten Betriebe geduldet haben, nun ganz unterbinden – mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts.

Rechtzeitig vor der Wahl am 5. April brachte die Wiesbadener Regierung ein

Normenkontrollverfahren gegen das Atomgesetz ein, damit sollen der Schnelle Brüter in Kalkar, die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und die Alkem-Produktion gestoppt werden.

Zwar hatten die Bundesverfassungsrichter 1978 bereits befunden, der Schnelle Brüter sei als Demonstrationsprojekt durch das Atomgesetz gedeckt. Doch die Wiesbadener liefern jetzt zwei neue Argumente für einen Verstoß gegen Artikel 2 des Grundgesetzes, der jedem „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ garantiert.

Die Unfälle in Hanau, so Regierungssprecher Edgar Thielemann vorige Woche, hätten ja bewiesen, daß die Gefah-

* Oben: Plutoniumverarbeitung bei Alkem; unten: Produktionsanlage bei RBU.

ren viel größer seien, „als man damals noch vermutet hat“. Zudem müsse dem Brüter mittlerweile „die Sozialadäquanz“ abgesprochen werden, da er sich „wirtschaftlich nicht mehr rechnet und nur noch von staatlichen Zuschüssen lebt“ (siehe auch Seite 104).

Um den Karlsruher Richtern nicht unglaublich zu erscheinen, wollen die Genossen auch frühere Positionen aufgeben. Wirtschaftsminister Ulrich Steger hatte das rot-grüne Bündnis in Wiesbaden noch vor sechs Wochen mit der Ankündigung gesprengt, die Betriebe dürften weitere zehn Jahre unter Auflagen arbeiten. Neue Linie jetzt: Das Plutonium-Werk Alkem soll möglichst umgehend geschlossen werden.

Seit letzter Woche drängt die Landesregierung die hessischen Atomstrom-

zu haben, nicht auf sich sitzen. Es sei „einvernehmliche Praxis“, erst dann zu informieren, „wenn wir eine Inkorporation feststellen“. Als die Verseuchung der Arbeiter nachgewiesen wurde, sei Bonn sofort ins Bild gesetzt worden. Steger: „Wenn ich Herrn Wallmann über jeden Hammer informieren müßte, der in Hanau einem auf den Fuß fällt, dann kriegte er viel Papier von mir.“

Fehler und Pannen gab es in der Geschichte der Hanauer Nuklearbetriebe Nukem, Alkem und Reaktor-Brennelement Union (RBU) schon genug:

- ▷ Im September 1980 gelang es zwei Werkstudenten, nur so zum Spaß, drei Uran-Brennstofftablets aus RBU-Räumen zu schmuggeln;
- ▷ nach dem Muster des jüngsten Strahlenunfalls bei Alkem hatte sich schon

jetzt so gravierend, daß sie die Abteilung für „Schrottaufarbeitung“ dichtmachten. Bisher wurden dort verstrahlte Metallteile gereinigt und Uranreste zu Brennstoff aufbereitet. Amtlich beauftragte Techniker suchten, mit Strahlenschutz-Anzügen und Atemmasken ausgerüstet, in den kontaminierten Räumen nach Beweisstücken. Mit Meßgeräten entdeckten sie den Auslöser: die aufgesägte Metallhülse, an der besonders viel Plutonium haftete. „Nur durch Zufall“, so Firmensprecher Pompetzki, sei „irgendwann“ das Plutonium registriert worden. Rund anderthalb Jahre lang hatte das Röhrchen mit der vermeintlich reinen Urantablette zuvor bei Nukem herumgelegen.

Daß ausgerechnet in einem Nuklearbetrieb der gefährliche Strahlstoff unerkannt und ungesichert lagern kann, dafür haben die Atom-Manager eine ebenso einfache wie verblüffende Erklärung. Nukem-Chef Karl-Gerhard Hackstein: „Wir haben keine Eingangskontrolle, wir verlassen uns auf die Deklaration der Lieferanten.“

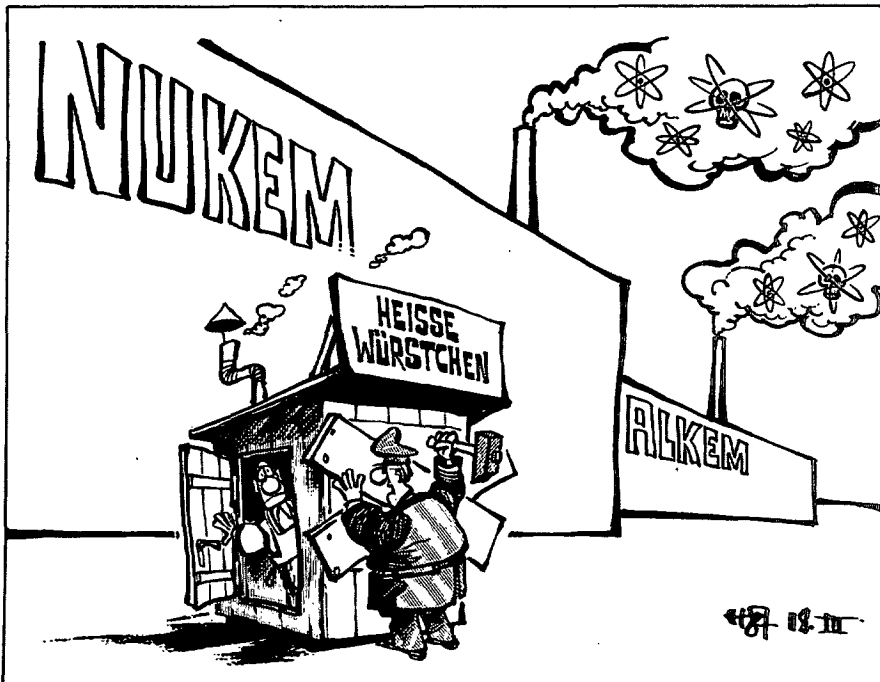
Der Vorwurf, der Nukem die hochverseuchte Probe untergeschoben zu haben, trifft das renommierte Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), das dem Bund untersteht. Die Experten hatten das Plutonium ebenfalls nicht bemerkt – obwohl sie, wie Institutssprecher Klaus Körting sagt, mit dem verschlossenen Röhrchen „Experimente gemacht haben“.

Die Karlsruher Forscher räumten ein, daß auch bei geschlossener Hülse „eine schwache Gammastrahlung“ des Plutoniums meßbar sei. Doch für eine solche Messung, erklärt Körting, „bestand bei uns damals keine Veranlassung“.

Wie Nukem, so schiebt auch das KfK die Verantwortung für das vagabundierende Plutonium weiter – an das „Institut für Transurane“, einen Betrieb der Europäischen Gemeinschaft, der vor allem Plutonium-Staub zu Tabletten brennt. Von dort sei die Probe bereits 1970 geliefert worden. Das EG-Institut, auf dem gleichen Gelände untergebracht wie das KfK, stellt „laufend Brennstoffproben aus Uran-Plutonium-Verbindung her“, so Firmensprecher Hans-Eberhard Schmidt. Das wäre Grund genug für die benachbarten Kernforscher, die eingehenden Materialien auf Plutonium zu testen.

Daß die „inkriminierte Probe“ (Körting) tatsächlich aus dem Europa-Betrieb stammt, bestritt dessen Geschäftsführung Ende letzter Woche: So viel Plutonium, wie bei Nukem aufgetaucht sei, habe niemals in einer Uranprobe aus dem EG-Institut gelangen können.

Kernforscher denken, wenn's um Plutonium geht, ohnehin in anderen Dimensionen. Wenn man wisse, so Körting, „daß durch die Kernwaffenversuche Tonnenn von Plutonium freigesetzt worden sind“, dann solle man die 0,2 Gramm bei Nukem „nicht überbewerten“.



tz. München

„Bedaure, aber wenn Sie keine ordnungsgemäße Betriebsgenehmigung haben...“

Produzenten, ihre Verträge mit der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague zu kündigen, die das Grundmaterial für die Herstellung der Brennelemente liefert. Dadurch soll der Plutonium-Fluß nach Hanau zum Versiegen gebracht werden. Dann dürfte bei Alkem nur noch das verarbeitet werden, was auf Lager liegt: „In eineinhalb Jahren“, schätzt Thielemann, könnte „Schluß sein“.

Dem hessischen CDU-Spitzenkandidaten Walter Wallmann, Bundesumweltminister und Verfechter des Plutonium-Kreislaufes, verhandelten die Strahlenunfälle einen Teil des Wahlkampfkonzepts. Er spielte die Plutonium-Verseuchung herunter und kritisierte vor allem, „daß es knapp zwei Wochen gedauert hat, bis ich informiert worden bin“.

Doch Wirtschaftsminister Steger ließ den Vorwurf, geschlampt oder vertuscht

1984 ein Leiharbeiter von der Frankfurter Firma „Manpower“ verseucht, auch ihm war beim Arbeiten mit Plutonium der Handschuh gerissen;

- ▷ Ende 1985 flossen bei RBU versehentlich 240 000 Liter uranverseuchtes Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation ab;
- ▷ zur gleichen Zeit wurden sechs Bedienstete der Hessischen Landesanstalt für Umwelt während eines Kontrollgangs bei Nukem an Händen, Haaren und Kleidern kontaminiert;
- ▷ seit Dezember 1985 sickert strahlenbelastetes Wasser aus einem noch immer nicht georteten Leck des RBU-Kühlkreislaufsystems ins Grundwasser.

Keiner der Zwischenfälle führte zur Schließung der Betriebe oder einzelner Sektionen. Erst die Plutonium-Verseuchung bei Nukem schien den Behörden